

Widersetzen wir uns dem Abbau demokratischer Rechte!

Das Verbot der Anti-WEF-Demonstration „Gemeinsam gegen Lohn- und Sozialabbau, Ausgrenzung und Krieg“ ist ein schwerwiegender Angriff der Berner Stadtregierung, deren Mehrheit VertreterInnen der Sozialdemokratischen Partei und des Grünen Bündnisses sind, auf die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit.

Das Anti-WEF-Bündnis wollte eine Demonstration gegen Sozialabbau, Lohndumping, Privatisierung, rassistische Ausgrenzung und Krieg durchführen. Die gesamte Mobilisierung für die Anti-WEF-Demonstration erfolgte mit dem Willen, breite Bevölkerungskreise anzusprechen und Konfrontationen mit der Polizei zu vermeiden. Das Ziel des Bündnisses war es, dass alle, die ihre Kritik am WEF und der Politik, die von seinen Mitgliedern vorangetrieben wird, äussern wollen, ohne Angst an der Demonstration teilnehmen können.

Die Stadtregierung von Bern hat am 11. Januar das vom Anti-WEF-Bündnis bereits Anfang Dezember 2004 eingegebene Bewilligungsgesuch für eine Demonstration gegen das WEF abgelehnt. Verhandlungen über die Durchführung und die Route der Demonstration gab es nicht. Die Gemeinderat und die Polizeiführung erwiderten die Gesprächsangebote des Anti-WEF-Bündnisses mit arroganter Nichtbeachtung und einer enormen polizeilichen Aufrüstung. Der Polizeikommandant kündigte die Besetzung der Innenstadt durch „das grösste Polizeiaufgebot, das diese Stadt je gesehen hat“ an. Die Stadtregierung wollte die DemonstrantInnen auf einen eingegitterten Bundesplatz pferchen und über eine einzige Zugangstrasse mit Polizeispalier vom Bahnhof auf den Platz schleusen. Selbstverständlich wollte niemand aus dem Anti-WEF Bündnis in einem Käfig demonstrieren.

Mit diesem Diktat heizte die Stadtregierung die Eskalation gezielt an und bereitete praktisch den Ausnahmezustand in der

Stadt Bern vor. Unter diesen Bedingungen konnte das Anti-WEF-Bündnis die geplante Demonstration nicht mehr durchführen.

Offensichtlich wollen die Behörden vor und während des WEF in der ganzen Schweiz keine Grossdemonstrationen gegen das Jahrestreffen der so genannten „global leaders“ zulassen. Die Bundesbehörden kündigten an, dass gegen unbewilligte Demonstrationen „durchgegriffen werde“. Ein weiterer Skandal ist, dass der Gemeinderat sogar die internationale Konferenz „Das andere Davos“, aus der Innenstadt in die Dampfzentrale verbannte, weil die Konferenz ein „Sicherheitsrisiko“ darstelle.

Die Politik der Stadtregierung und das Grossaufgebot der Polizei sind ein gefährlicher Präzedenzfall. Sie betreffen nicht nur die Bewegung gegen das WEF, sondern alle Personen, Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in der ganzen Schweiz, die gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen protestieren wollen.

Diese Repression in Bern ist keine Ausnahme. Die Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit ist eine umfassende Tendenz. Die Proteste gegen das WEF werden seit Jahren mit einer zunehmend härteren Polizeirepression beantwortet. Hunderte von Polizisten aus der gesamten Schweiz und aus Deutschland, sowie tausende von Soldaten verhinderten bisher mit allen Mitteln eine Grossdemonstration in Davos, damit die „global leaders“ vom WEF ungestört ihr Treffen abhalten können. Bislang trauriger Höhepunkt dieser Repression war die Einkesselung von über 1000 Personen in Landquart vor einem Jahr, die beim Rückweg von einer friedlichen Demonstration in Chur von der Polizei gestoppt, stundenlang fest gehalten und kontrolliert und fichtiert wurden.

Auch auf den Widerstand von ArbeiterInnen und Angestellten gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Widerstand gegen das WEF auch ohne Demonstration

Der „linksgrüne“ Regierung hat die Demonstration gegen das WEF verboten. Die BFS unterstützt das Anti-WEF-Bündnis, mit anderen, kreativen Aktionsformen den Protest gegen die neoliberale Politik des Lohndumpings und Sozialabbaus auszudrücken. Wir beteiligen uns deshalb am 22. Januar von 10.00 bis 16.00 Uhr mit einem Informationsstand und anderen Aktionsformen am Protest gegen das WEF und die Abschaffung des Demonstrationsrechts.

Auf Radio RaBe, (95,6 MhZ,) wird am 22. Januar 2005 von 13.00 bis 18.00 Uhr eine Live-Sondersendung zum WEF ausgestrahlt, damit die Inhalte der verbotenen Anti-WEF-Demo an jeder Ecke zu hören sind.

reagieren die Herrschenden mit purer Gewalt. So veranlasste im November 2003 die Regierung des Kantons Basel-Stadt einen äusserst brutalen Polizeieinsatz gegen die Streikenden der Firma Allpack in Reinach. Der sozialdemokratische Postchef Ulrich Gygi drohte letzten November den Postangestellten ebenfalls mit der Polizei, sollten sie sich mit Streiks für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze einsetzen wollen.

Aber eigentlich bildet die Polizei nur einen kleinen Teil des Einschüchterungsapparates. Wer seine Meinung am Arbeitsplatz offen sagen will, sich auch im Alltag für die eigenen Rechte oder die Rechte der KollegInnen einsetzen will, rechnet mit Nachteilen oder fürchtet gar um den Arbeitsplatz. Gezielt setzen die Unternehmen die Angst um den Arbeitsplatz ein, um die Beschäftigten gefügig zu machen.

- **Protestieren wir gegen die undemokratische Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch die „linksgrüne“ Stadtregierung.**
- **Setzen wir uns für die Durchsetzung der demokratischen Grundrechte ein.**

Anti-WEF-Bewegung: gegen Lohn- und Sozialabbau, Ausgrenzung und imperialistische Kriege

“*Taking Responsibility for Tough Choices*“. Unter diesem Motto versammeln sich Ende Januar die WirtschaftsführerInnen und PolitikerInnen zum nächsten World Economic Forum in Davos. Ihr Motto meinen sie durchaus ernst. Sie tragen die Verantwortung, um weitere harte Entscheide gegen die Bedürfnisse der Bevölkerungen der Welt durchzusetzen.

Sie treiben den neoliberalen Gesellschaftsumbau verstärkt voran. Um die Profite zu steigern, entlassen sie Tausende von Menschen, flexibilisieren sie die Arbeitsverhältnisse, intensivieren sie die Arbeit und senken sie dazu auch noch die Löhne. Mit Privatisierungen unterwerfen sie neue Sektoren der Wirtschaft ihrer unbarmherzigen Logik von Konkurrenz und Profit. Alles, was sich verwerten lässt, wollen sie zur Ware machen: die Gesundheit, die Bildung, der öffentliche Verkehr, die Post, usw.

Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben treiben sie mit Steuererleichterungen für die Reichen, der Erhöhung der indirekten Steuern und dem Sozialabbau bei den Lohnabhängigen voran.

Unter dem Vorwand des Standortwettbewerbs spielen sie die Lohnabhängigen und Bevölkerungen unterschiedlicher Länder und Regionen gegeneinander aus und drohen, Produktionsbereiche dorthin zu verlagern, wo die Lohnabhängigen noch weniger Rechte haben. Mit den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU versprechen sie uns den freien Personenverkehr, tatsächlich forcieren sie damit aber das Lohndumping. Die Spaltung in BürgerInnen und MigrantInnen ohne Rechte hilft ihnen, ihre Politik durchzusetzen.

Die Konzernspitzen verfolgen diese Politik im Bunde mit den Regierungen in der Schweiz, in ganz Europa, in den USA und letztlich auf globaler Ebene. Die bürgerlich-konservativen und die sozialdemokratisch-grünen Regierungen setzen dabei überall dasselbe unsoziale Programm durch.

WEF – imperialistischer Herrschaftsanspruch

Das WEF symbolisiert den neoliberalen und imperialistischen Herrschaftsanspruch. Es ist ein Forum der Mächtigen.

Zugleich ist die Bewegung gegen das WEF ist eine der wenigen Bewegungen, die in der deutschsprachigen Schweiz unterschiedliche antikapitalistische Strömungen und Sensibilitäten zusammenführt. Nach den Erfahrungen der enormen Repression in den letzten beiden Jahren, vor allem der Polizeikessel in Landquart, steht die Bewegung vor der Herausforderung, ihre inhaltliche Orientierung zu überprüfen, um weiterhin aktionsfähig zu sein und ein Kristallisationsmoment für den antikapitalistischen Protest zu werden.

Um eine weitere Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden und um den Widerstand gegen Sozialabbau, Privatisierungen, Lohndumping, rassistische Ausgrenzung und gegen Krieg gegenüber einer breiten Öffentlichkeit auszudrücken, hat das Anti-WEF-Bündnis zu einer Demonstration am 22. Januar in Bern aufgerufen. Die Behörden treiben nun die bereits in den Vorjahren massiv gesteigerte Repression dieses Jahr weiter auf die Spitze. Offensichtlich wollen sie die Protestbewegung politisch an die Wand drücken.

Die Gewerkschaften und die Regierungen“linke“ der Sozialdemokraten und Grünen ordnen sich weitgehend der kapitalistischen Logik des Profits und der Standortkonkurrenz unter. Die Gewerkschaftsbosse begnügen sich damit, anerkannte Verhandlungspartner des sich immer aggressiver gebärdenden Kapitals sein. Zugleich ist die antikapitalistische Linke zersplittert und kaum handlungsfähig. Das stellt alle, die sich wehren wollen, vor schwierige Probleme.

Eine neue Bewegung aufbauen

Es reicht also nicht, einfach nur die Abschaffung des WEF zu fordern. Im Zuge einer mehrmonatigen Diskussionsphase haben die beteiligten Gruppierungen (u.a. Anti-WTO-Koordination Bern und Tessin, Attac, Freie ArbeiterInnen Union, Infoladen Kasama Zürich, Revolutionärer Aufbau und die BFS/MPS) diese Herausforderung angenommen. Der Demonstrationsaufruf stellt den Widerstand gegen das WEF in den Rahmen der betrieblichen Kämpfe gegen Entlassungen sowie gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohndumping insbesondere für Frauen. Entgegen der stumpfen Propa-

Das Grüne Bündnis macht Herrschaftspolitik

Das Grüne Bündnis entstammt aus verschiedenen linken Bewegungen der 1990er Jahre und hat enge Verbindungen zu den Gewerkschaftsapparaten in Bern. Die langjährige Regierungsbeteiligung hat dazu geführt, dass das Grüne Bündnis in vielen Bereichen sich kaum mehr von anderen Parteien unterscheidet und selbst eine Politik im Dienste der Herrschenden betreibt.

Das Grüne Bündnis hat sich in den letzten Wochen leider nicht auf die Seite des Anti-WEF-Bündnisses gestellt und sich auch nicht für die Verteidigung des Demonstrationsrechts eingesetzt.

ganda einiger bürgerlicher Medien hat sich die Anti-WEF-Bewegung also durchaus damit beschäftigt, wie sie die Alltagsorgen und Probleme der Menschen aufgreifen kann.

Und genau um diesen möglichen Dialog zwischen Strömungen der radikalen Linken und breiteren Teilen der Bevölkerung zu verhindern, wollen die Herrschenden mit ihrer Politik die Bewegungen schwächen und die radikaleren Stimmen isolieren.

Die Herausforderung besteht darin, Vorschläge zu entwickeln, die am Bewusstsein großer Teile der Lohnabhängigen ansetzen und gleichzeitig eine weitergehende, emanzipatorische Dynamik jenseits der Profitlogik des Kapitalismus eröffnen können.

Das bedeutet aber auch, dass wir die Frage des Eigentums an strategischen Produktionsmitteln aufwerfen müssen. Eine alternative Orientierung besteht schliesslich in der demokratischen Aneignung der grossen Unternehmen und wichtigsten Ressourcen durch die Lohnabhängigen.

Voraussetzung einer radikalen Alternative ist aber, dass wir alle – die grosse Zahl der Lohnabhängigen, selber aktiv werden und uns in Bewegungen organisieren. Weder den Regierungen, noch den Parlamenten und auch nicht den Parteien der Regierungen“linken“ können wir Vertrauen schenken. Nur wenn wir uns selbst organisieren, können wir eine Kraft entwickeln,



Das WEF ist auch bei Filtrona:

Solidarität mit den Streikenden

Interview mit Cécile Pasche, Frauensekretärin der Gewerkschaft Comedia

Das WEF ist auch in Crissier. Was die „global leaders“ in Davos predigen, will der Konzern Buzl gegenüber den Beschäftigten der Zigarettenfilterfabrik Filtrona in Crissier in die Praxis umsetzen. Die Kolleginnen und Kollegen von Filtrona erleben, was es heisst, einem „global player“ ausgeliefert zu sein. Aber sie finden sich damit nicht ab; sie kämpfen. Am Samstag, den 22. Januar – gleichzeitig mit dem Protesttag gegen das WEF in Bern – findet in Lausanne eine Solidaritätsdemonstration mit den KollegInnen von Filtrona statt. Diese Demonstration entspricht auch der Politik des Anti-WEF-Bündnisses, das den Protest gegen das WEF mit dem alltäglichen Widerstand gegen den Sozialabbau, den Lohnraub und die Restrukturierungen auf Kosten der Beschäftigten verbinden will.

Cécile Pasche, Frauensekretärin der Gewerkschaft Comedia und aktiv im Streik der Filtrona-Beschäftigten, informiert im nachfolgenden Interview über die Hintergründe dieses Streiks.

Warum sind die Beschäftigten von Filtrona Ende November in den Streik getreten?

Die Kolleginnen und Kollegen von Filtrona wollen ihre Arbeitsplätze verteidigen. Das war vor zwei Monaten so und das gilt auch heute noch, selbst wenn wir sicher sind, dass Filtrona die Produktionsstätte in Crissier schliessen wird. Die Betriebskommission hat bereits im Sommer von der Direktion klare Informationen über die Zukunft des Standortes Crissier verlangt. Aber sie prallte an eine Mauer des Schweigens.

Dazu muss ich einige Hintergründe erläutern. Als Filtrona (der international tätige Zigarettenfilter-Hersteller Filtrona ist ein Teil der britischen Finanzgruppe Buzl) im Oktober 2003 die Firma Baumgartner übernahm, eröffnete sie der Belegschaft, sie habe 18 Monate Zeit, also bis zum April 2005, um profitabel zu sein.

Schon bald nach der Übernahme leitete Filtrona eine Restrukturierung ein. Sie schloss die profitable Abteilung Kapillärbehälter-Produktion und verlagerte sie nach Deutschland. Die Kolleginnen und Kollegen beobachteten auch, dass drei Maschinen zur Herstellung von Zigarettenfiltern demontiert und nach England verschoben wurden. Das Unternehmen entliess Techniker ohne sie zu ersetzen und ersetzte auch den bisherigen Direktor durch einen neuen Direktor aus England, der bereits für die Schliessung des Werks in Rovereto zuständig war.

Diese Schritte zeigten den Beschäftigten, dass die neuen Eigentümer die Produktion nicht aufrechterhalten wollen. Ja, die Konzernleitung zwang den ArbeiterInnen bewusst eine nichtrentable Situation auf. Darum haben sich die ArbeiterInnen bei der Direktion gemeldet. Diese hat aber nie reagiert. Da blieb nichts anderes übrig, als in den Streik zu treten.

Was sind die Forderungen des Streiks?

Die Forderungen sind einfach. Es geht um Garantien für den Fortbestand der Produktionsstätte, um einen Sozialplan und um einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Allerdings blieb die Unternehmensleitung hart. Sie hat tatsächlich nie mit den Streikenden verhandelt. Darum brachen die KollegInnen den Streik bereits zweimal ab und nahmen in wieder auf. Weil die Kontakte mit der Unternehmensleitung und die Vermittlungsbemühungen nichts gebracht haben, blieb den KollegInnen am 17. Januar nichts anderes übrig, als bereits zum dritten Mal in den Streik zu treten.

Nun fokussiert sich das ganze Interesse auf den Betrag des Sozialplans. Wir sind sicher, dass sie die Produktionsstätte schliessen werden. Die KollegInnen forderten anfänglich 6 Millionen Franken, das Unternehmen erhöhte sein Angebot zunächst auf lächerliche 2 Millionen Franken. Das Personal akzeptiert kein Angebot unter 3,5 Millionen Franken.

Aber trotz dieser Beschränkung sagte ein langjähriger Arbeiter kürzlich an einer Versammlung, dass die Erhaltung der Arbeitsplätze wichtig bleibt. Viele Beschäftigte arbeiten schon seit vielen Jahren im Betrieb. Wenn sie auf die letzten Jahre zurückblicken, sagen viele, „zunächst hat man uns unser Wissen und unserer Erfahrung genommen, denn es waren wir, die die Maschinen entwickelt haben, dann hat man uns diese Maschinen weggenommen und jetzt nimmt man uns noch die Arbeitsplätze weg.“ Viele KollegInnen, die seit 30 Jahre in der Firma arbeiten, werden keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben. In der Region im Westen von Lausanne ist die Arbeitslosenrate auf 7-8%.



Ihr seid auf Unterstützung angewiesen. Wer hat den Streik bislang unterstützt?

Es ist schwierig den Streik in die Länge zu ziehen. Die Streikenden erhalten 150 CHF pro Tag aus der Streikkasse. Für viele KollegInnen bedeutet das ein beträchtlicher Einkommensverlust. Im Dezember hat sich in Lausanne ein Unterstützungskomitee gebildet, an dem die SP, POP, SolidaritéS und die BFS sowie mehrere Gewerkschaften teilnehmen. Dieses Unterstützungskomitee unterstützt den Streik politisch, informiert die Bevölkerung und sammelt Geld zur Milderung von. Allerdings gibt es keine Mobilisierung des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, um den politischen Druck auf Filtrona und den Finanzkonzern Buzl zu erhöhen.

Mit einem lokalen Streik einen internationalen Konzern in die Knie zu zwingen, erscheint fast unmöglich zu sein. Erfährt ihr internationale Unterstützung?

Eigentlich bräuchten wir einen internationalen Streik, denn grosse Teile der Produktion könnten auch woanders getätigt werden. Wir machen eine internationalistische Arbeit. So haben wir enge Kontakte zu den Gewerkschaften der Filtrona-Beschäftigten in Italien, Deutschland und England. In diesen Ländern haben die Gewerkschaften auch Flugblätter an die Filtrona-Beschäftigten verteilt. Die Kontakte zu den Gewerkschaften in den USA sind allerdings schwierig. Dennoch haben wir auch Unterstützung in den USA. So hat eine sozialistische Organisation bereits Flugblätter in Greensboro verteilt.

Cécile, danke für das Gespräch. Der Streik der Beschäftigten bei Filtrona ist beispielhaft. Wir wünschen euch von Herzen, dass ihr es schafft, dem Konzern wirkliche Zugeständnisse abzurufen

Nein zum Lohndumping, ja zum freien Personenverkehr

Der Nationalrat hat im Dezember den bilateralen Verträgen II mit der EU zugestimmt. Die Konzerne benutzen die sogenannte Freizügigkeit des Personenverkehrs als Hebel, um das Lohn- und Sozialdumping zu verschärfen. Das Schengen/Dublin-Abkommen mit der EU dient dazu, die Ausgrenzung missliebiger Menschen zu systematisieren. Leider haben die Gewerkschaften dieser Politik im Namen der „Öffnung zur EU“ zugestimmt. Aber in ganz Europa werden die Lohnabhängigen in Konkurrenz zueinander gestellt. Die Konzerne und die Regierungen verfolgen ein klares Ziel: sie wollen europaweit das Lohnni-

veau senken und den Sozialabbau vorantreiben. Selbst Bundesrat Joseph Deiss hat zugegeben, dass die Freizügigkeit einen wichtigen Beitrag zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse darstellt.

Wie in anderen Ländern auch, will die populistische und nationalistische Rechte in der Schweiz diese Situation ausnutzen, um ihre rassistische Propaganda zu verbreiten und den solidarischen Widerstand der Ausgebeuteten über nationale und kulturelle Grenzen hinweg zu hintertreiben.

Um dieser Politik des systematischen Lohn- und Sozialdumpings und der

fremdenfeindlichen Offensive ein klares, solidarisches und internationalistisches Nein entgegenzusetzen, haben verschiedene linke Organisationen, darunter die UNIA Tessin, die Alliance de Gauche in Genf und die BFS das Referendum gegen das sogenannte Freizügigkeitsabkommen ergriffen.

Die BFS grenzt sich dabei von jeder nationalistischen Argumentation ab. Es geht nicht um den Bevorzugung der Schweizer Lohnabhängigen gegenüber den AusländerInnen. Vielmehr setzen wir uns für die Besserstellung aller Lohnabhängigen hier und auf internationaler Ebene ein.

Referendum gegen die ungenügenden flankierenden Massnahmen bei den Bilateralen II:

Für die Stärkung der Lohnabhängigen oder unheilige Allianz mit der Rechten?

Veranstaltung und Diskussion mit
Romolo Molo

Jurist beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund

Dienstag, 1. Februar 19 Uhr,
Restaurant Casa d'Italia, Bühlstrasse 57

Die Gewerkschaft UNIA im Tessin, die Alliance de Gauche in Genf und die BFS haben das Referendum gegen die ungenügenden flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit ergriffen. Die BFS ist selbstverständlich für die Freizügigkeit im Personenverkehr und für eine Verbesserung der sozialen und gewerkschaftlichen Rechte. Zugleich wehren wir uns dagegen, dass die Lohnabhängigen systematisch in Konkurrenz zueinander gesetzt werden. Diese verschärfte Konkurrenz unter den Lohnabhängigen dient dem Kapital dazu, die Löhne für alle zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Spendenaufruf

Unsere Aktivitäten in der Anti-WEF-Bewegung und das Referendum gegen die ungenügenden flankierenden Massnahmen bei den Bilateralen II verschlingen viel Geld. Darum bitten wir Sie/Euch, unsere Arbeiten mit einer Spende zu unterstützen.

Bitte Spenden auf: BFS Bern, PC 30-702301-8.

✂ Ich interessiere mich für die BFS.

VornameName

Strasse

PLZ, Ort

Tel. E-mail

Einsenden an: BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23 oder bfs-be@bluewin.ch

Wer ist die BFS?

Die Bewegung für Sozialismus wurde Anfang des 2002 lanciert. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in der Schweiz und weltweit – Wirtschaftskrise, Krieg, der Aufschwung einer neuen weltweiten Bewegung gegen neoliberale Politik – hat uns veranlasst, wieder eine politische Organisation zu schaffen, die koordiniertes Handeln, einen aktionsorientierten Diskussionszusammenhang und strategische Debatten ermöglicht.

Wir kämpfen für eine neue vielfältige Bewegung der Lohnabhängigen; also eine Bewegung aller, die in den unterschiedlichsten Formen und Ausmaßen von Unsicherheit gezwungen sind, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität zu verkaufen. Die BFS will mit allen Interessierten in sozialen Bewegungen darüber diskutieren, wie der radikale Widerstand gemeinsame politische Antworten und Ausdrucksformen finden kann.

Die BFS vereint Menschen unterschiedlicher Generationen und Erfahrungen. Wir wollen verschiedene Erfahrungen und vor allem auch die Sensibilitäten junger Menschen in einem Prozess der Neuformierung einer emanzipatorischen Bewegung für Sozialismus und Freiheit zusammenführen. Dabei wollen wir die Ausarbeitung eines neuen radikalen libertären und sozialistischen Programms vorantreiben. Nach einer längeren Diskussionsphase, die in einer Gründungserklärung zusammengefasst wurde, hat sich die Sektion Bern der BFS im Juni 2004 gegründet.

BFS